## **Deutscher Bundestag**

**21. Wahlperiode** 07.11.2025

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lukas Rehm, René Springer, Peter Bohnhof, Gerrit Huy, Jan Feser, Achim Köhler, Ulrike Schielke-Ziesing, Bernd Schuhmann, Thomas Stephan, Stephan Brandner und der Fraktion der AfD

## Arbeitsunfallrisiko und Zeitumstellung

Zweimal jährlich erfolgt die Umstellung der Uhren: im März von der Normalzeit (umgangssprachlich "Winterzeit") auf die Sommerzeit, im Oktober die Rückumstellung. Die Europäische Gemeinschaft führte im Jahr 1980 eine einheitliche Regelung zur Zeitumstellung ein, um den Binnenmarkt zu synchronisieren und Energie einzusparen. Die Praxis der Zeitumstellung birgt jedoch gesundheitliche Risiken wie Biorhythmusstörungen sowie sicherheitsrelevante Gefahren, darunter erhöhtes Unfallrisiko.

Aus der Forschung zu Verkehrsunfällen ist bekannt, dass die Zeitumstellung Einfluss auf das Verkehrsunfallgeschehen hat (www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0022437522001141). Überdies häufen sich nach der Zeitumstellung Schlaganfälle (www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2508293122) und Herzinfarkte, was auf Störungen des zirkadianen Rhythmus zurückgeführt wird (www.aerzte blatt.de/archiv/zeitumstellungen-und-herzinfarktrisiko-ffe2be61-335e-4ed2-95c 9-78192cf87a42). Auch das Risiko für Fettleibigkeit kann durch die Zeitumstellung negativ beeinflusst werden. In einer US-amerikanischen Studie aus dem Jahr 2009 wird festgestellt, dass am Tag nach der Sommerzeitumstellung Arbeitsunfälle um 5,7 Prozent steigen (www.apa.org/pubs/journals/releases/apl 9451317.pdf). Der Sachstand der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages im Jahr 2014 beschreibt die heterogene Studienlage (www.bundes tag.de/resource/blob/408344/WD-9-052-14-pdf.pdf), während der Unfallverhütungsbericht 2023 (Bundestagsdrucksache 20/14315) das Thema ausspart.

Die bekannten Studien deuten an, dass verminderte Schlafqualität Reaktionszeiten verlängert und sich damit das Risiko für Arbeits- und Wegeunfälle erhöht. Mit dieser Kleinen Anfrage wird untersucht, ob das Unfallrisiko in den Tagen und Wochen nach der Zeitumstellung statistisch belegbar zunimmt.

## Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Definitionen und Abgrenzungen von "Arbeitsunfall" und "Wegeunfall" (jeweils einschließlich Erfassungskriterien, Meldepflichten und Zeitangaben) liegen nach Kenntnis der Bundesregierung den Statistiken der gesetzlichen Unfallversicherung zugrunde, und in welcher zeitlichen und regionalen Auflösung sind diese Daten auswertbar?

- 2. Welche Auswertungen oder Berichte haben die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) als Spitzenverband und die Berufsgenossenschaften seit 2015 zu Arbeits- und Wegeunfällen im Zusammenhang mit der Zeitumstellung nach Kenntnis der Bundesregierung erstellt, und welche wesentlichen Ergebnisse liegen nach Kenntnis der Bundesregierung vor?
- 3. Welche Untersuchungen oder Studien der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zum Zusammenhang von Zeitumstellung und Unfallgeschehen (Arbeits- und Wegeunfälle) sind der Bundesregierung bekannt, und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?
- 4. Wie verändern sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahlen bei Arbeits- und Wegeunfällen am ersten Werktag nach der Zeitumstellung sowie in der ersten Woche und im ersten Monat danach gegenüber dem jeweiligen Jahresdurchschnitt bzw. geeigneten Vergleichszeiträumen, getrennt nach Umstellung auf Sommerzeit (Frühjahr) und auf Normalzeit (Herbst), und liegen statistisch signifikante Befunde vor?
- 5. Wie viele zusätzliche Arbeits- und Wegeunfälle sind nach Kenntnis der Bundesregierung den Zeitumstellungen zuzuordnen (absolute Zahlen und prozentuale Abweichungen), jährlich seit 2015 und getrennt nach Umstellung auf Sommerzeit und auf Normalzeit?
- 6. Wie viele zusätzliche tödliche Arbeits- und Wegeunfälle sind nach Kenntnis der Bundesregierung statistisch den Zeitumstellungen zuzuordnen, jährlich seit 2015 und getrennt nach Umstellung auf Sommerzeit und auf Normalzeit (bitte absolute Zahlen und prozentuale Abweichungen nennen)?
- 7. Verändert sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Schwere von Arbeits- und Wegeunfällen in den Tagen nach der Zeitumstellung (z. B. Dauer der Arbeitsunfähigkeit, Rehafälle oder Todesfälle), und wenn ja, in welcher Größenordnung?
- 8. Welche Befunde zeigen sich nach Kenntnis der Bundesregierung rund um die Zeitumstellungen auf Sommerzeit und auf Normalzeit in unfallgefährdeten Branchen wie Baugewerbe, Industrie bzw. Produktion, Gesundheitsund Pflegewesen, Transport und Logistik, Landwirtschaft (bitte getrennt nach Arbeits- und Wegeunfällen aufführen)?
- 9. Welche Erkenntnisse bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zu Wegeunfällen nach Verkehrsmitteln (z. B. Pkw, Fahrrad, zu Fuß) und Siedlungsstruktur (städtisch oder ländlich) in den Tagen nach der Zeitumstellung, und zeigen sich Unterschiede zwischen der Folgezeit nach Umstellung zur Sommerzeit bzw. Normalzeit?
- 10. Welche Befunde liegen nach Kenntnis der Bundesregierung für Schichtund Nachtarbeit vor, insbesondere zur Verteilung der Unfälle nach Tageszeit rund um die Zeitumstellung im Vergleich zu anderen Zeiträumen bzw. zum Jahresdurchschnitt?
- 11. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung regionale Unterschiede (z. B. zwischen Bundesländern oder Stadt bzw. Land) bei Arbeits- oder Wegeunfällen im Zusammenhang mit der Zeitumstellung, und wie werden diese erklärt?
- 12. Welche Datenlücken sieht die Bundesregierung ggf. bei DGUV, Berufsgenossenschaften und BAuA zur Bewertung von Unfalleffekten der Zeitumstellung, und welche Schritte werden nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. unternommen, um diese zu beheben?

- 13. Welche Präventionsmaßnahmen empfehlen nach Kenntnis der Bundesregierung DGUV, Berufsgenossenschaften und BAuA für Arbeitgeber und Beschäftigte rund um die Zeitumstellung?
- 14. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), die BAuA und die DGUV zur Abschaffung der Zeitumstellung positioniert?
- 15. Welche Gesamtbewertung nimmt die Bundesregierung unter Einbeziehung der Risiken der Zeitumstellung für die Arbeitssicherheit vor?

Berlin, den 27. Oktober 2025

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

